



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 14.05.2024 – Auszug aus Drucksache 19/2214 –

Frage Nummer 5 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter **Rene Dierkes** (AfD) Vor dem Hintergrund, dass medial immer öfter von Angriffen auf Politikerinnen und Politiker, auch auf kommunaler Ebene, berichtet wird, frage ich die Staatsregierung, wie viele Vorfälle von politisch motivierten Angriffen auf Politiker seit 2010 im Freistaat verzeichnet worden sind (bitte jeweilige Straftatbestände auflisten und nach Jahreszahlen aufschlüsseln), welchen Parteien gehörten die angegriffenen Politiker an (bitte nach Parteien aufschlüsseln) und welche konkreten Maßnahmen plant die Staatsregierung, um solche Vorfälle künftig zu verhindern und einen größeren Schutz für die Betroffenen zu gewähren?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ist eine derart detaillierte Aufschlüsselung seit 2010 nicht möglich.

Die Parteizugehörigkeit von geschädigten Amts- und Mandatsträgern wird polizeilicherseits weder in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) noch dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) noch im Vorgangsverwaltungssystem der Bayer. Polizei (IGVP) explizit erfasst. Gleiches gilt für die Strafverfolgungsstatistiken der Staatsanwaltschaften. Vor diesem Hintergrund kann die Fragestellung, welchen Parteien die angegriffenen Politiker angehörten, nicht beantwortet werden.

Im KPMD-PMK existieren zwar das Oberangriffsziel „Partei“ und die betreffenden Unterangriffsziele, allerdings werden diese Angriffsziele nur dann vergeben, wenn sich die Tat explizit gegen eine betreffende Partei richtet. Bei Straftaten zum Nachteil von Amts- und/oder Mandatsträgern werden aber nicht zwangsläufig auch die hinter diesen Personen stehenden Parteien angegriffen und folglich als Unterangriffsziele erfasst, da diese Delikte oftmals einen direkten Bezug zu der Person an sich oder ihr ausgeübtes Amt aufweisen.

Im Nachfolgenden werden daher in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Justiz die Entwicklung der Straftaten im Kontext Amts- und Mandatsträger seit 2020 sowie die Entwicklung der Politisch Motivierten Gewaltkriminalität im Sachzusammenhang dargestellt:

Vorbemerkung:

Die nachfolgenden Rechercheergebnisse des Landeskriminalamts (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Die nachfolgenden Auswertungen wurden mit den finalisierten Datenbankständen der Tatjahre 2020 bis 2023 durchgeführt. Ferner wurde der Datenbestand des I. Quartals 2024 herangezogen. Hierbei weisen wir darauf hin, dass die endgültigen Fallzahlen erst nach dem bundesweit einheitlichen Meldeschluss zum 31.01.2025 feststehen. Im laufenden Tatjahr können regelmäßig Änderungen auftreten, weshalb die ausgewiesenen Fallzahlen als vorläufig und noch nicht valide zu betrachten sind.

Für die Beantwortung der nachfolgenden Fragen wurden stets die Unterangriffsziele „Amtsträger und/oder Mandatsträger“ als Rechercheparameter herangezogen.

Entwicklung der Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern

	Gesamt Amts- und Mandatsträger	Veränderung zum Vorjahr (in absoluten Zahlen)	Veränderung zum Vorjahr (in Prozent)
2020	835	563	206,99 Prozent
2021	1 741	906	108,50 Prozent
2022	1 141	-600	-34,46 Prozent
2023	1 354	213	18,67 Prozent
I. Quartal 2024	101		

Entwicklung der Gewaltdelikte zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern

	Gesamt Amts- und Mandatsträger	Anzahl Gewaltdelikte	Anteil in Prozent
2020	835	46	5,51 Prozent
2021	1 741	84	4,82 Prozent
2022	1 141	125	10,96 Prozent
2023	1 354	74	5,47 Prozent
I. Quartal 2024	101	5	

- In Bayern wurden ressortübergreifend zahlreiche Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt, welche inhaltlich und insofern in ihrer Wirkung aufeinander abgestimmt sind und sich zielgerichtet ergänzen. All diese und auch künftige Maßnahmen sind Bestandteil des seit 2020 existierenden Schutzkonzeptes der Staatsregierung zum Schutz von Politikerinnen und Politikern in Bayern. Die sowohl präventiven als auch repressiven Maßnahmen werden stetig weiterentwickelt sowie durch neue zielgerichtete Maßnahmen ergänzt.